

BBE Policy-Paper
zur Bundes-Engagementstrategie

Schwerpunkt

Europa

Zentrale Impulse für die Bundes-Engagementstrategie (BES)

- Aufbau einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu grenzüberschreitendem Engagement unter Einbezug der Zivilgesellschaft.
- Entwicklung einer umfassenden, menschenrechtskonformen Asyl- und Migrationspolitik mit Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen und Engagement von und für Migrant*innen.
- Anpassung des deutschen Qualifikationsrahmens zur Anerkennung und Verbesserung non-formaler und informeller Kompetenzen, die in Engagement und Ehrenamt erworben werden.

Einleitung

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zur Klimaneutralität und der demografische wie digitale Wandel werden maßgebliche politische Themen der zukünftigen Jahre sein. Unabsehbar bleibt die weitere Entwicklung des Krieges, den Russland gegen die Ukraine und die europäische Friedensordnung vom Zaun gebrochen hat. Dieser Krieg und die auch sonst zunehmenden geopolitischen Spannungen führen zu mehr Migrationsbewegungen, Knappheiten und steigenden Preisen. All das verunsichert viele Menschen und kann sie von der bestehenden Ordnung entfremden. Rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen finden in disruptiven Zeiten Zuspruch, wenn es den Demokrat*innen nicht gelingt, den Menschen Orientierung zu geben.

Dass immer mehr rechtsextremistische oder illiberale Parteien in den Mitgliedstaaten Regierungsverantwortung tragen, wirkt sich auch auf die europäische Zivilgesellschaft aus. Dabei gilt der Befund, dass die Räume für die Zivilgesellschaft enger werden, vor allem in den EU-Staaten, in denen Demokratie und Rechtsstaat systematisch ausgehöhlt werden. Dennoch sollten zivilgesellschaftliche Organisationen in diesen Ländern nicht global als „uncivil society“ bezeichnet werden, auch wenn sie staatliche Förderung erhalten. Jedes Engagement muss in seinem spezifischen politischen Umfeld betrachtet und bewertet werden.

Bürgerschaftliches Engagement muss überparteilich sein, kann aber angesichts der Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr unpolitisch sein. Im Kern geht es um das Vertrauen in die Institutionen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats, zu denen eine politisch unabhängige und vielfältige organisierte Zivilgesellschaft gehört. Es geht um die Verteidigung der liberalen Demokratie, zu der Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit ebenso untrennbar

„Europa benötigt eine starke europäische und internationale Zivilgesellschaft sowie Raum für bürgerschaftliches Engagement, um autoritären Entwicklungen entgegenwirken zu können.“

gehören wie das Bekenntnis zu universalen Menschenrechten und einer regelbasierten internationalen Ordnung. Die Bundes-Engagementstrategie muss dem Rechnung tragen.

Zusammenarbeit zwischen den Ministerien an Schnittpunkten

Im Rahmen der Formalisierung der Engagement- und Demokratiep politik im europäischen Kontext bedarf es in Deutschland einer verstärkten Vernetzung des BMFSFJ mit anderen Ministerien wie dem Auswärtigen Amt (AA) für europäische und internationale Angelegenheiten sowie dem Bundesministerium des Innern (BMI) für Partizipation und Teilhabe, und anderen relevanten Ministerien im Engagement-Bereich. Weitere Häuser mit Zuständigkeiten sind das BMEL, das BMF, das BMZ, das BMWK und auch das BMBF. Dieser Schritt sollte eine Agenda zur Stärkung der europäischen und internationalen Zivilgesellschaft sowie die Einbindung in Förderprogramme der Europäischen Union im Bereich des Engagements einschließen. Die Vernetzung des BMFSFJ mit anderen Ministerien ist wichtig, um eine koordinierte Engagement- und Demokratiep politik in Deutschland und Europa sicherzustellen, die Einbindung in EU-Förderprogramme zu stärken sowie, um die Entwicklung einer Agenda zur Stärkung der europäischen und internationalen Zivilgesellschaft voranzubringen.

Ein rechtlicher Rahmen bietet zivilgesellschaftlichen Organisationen in autoritär regierten Mitgliedstaaten Unterstützung. Die Vorstellung eines Entwurfs zur Schaffung einer neuen Rechtsform für solche Organisationen, bekannt als European Cross-Border Associations (ECBA), durch die Europäische Kommission ist ein bedeutender Fortschritt für die Engagement- und Demokratielandschaft in der EU. Dieser erleichtert die Tätigkeiten grenzübergreifender Vereine in der EU. Die BES sollte Bestrebungen nach einem europäischen Gemeinnützigkeits- und Vereinsrechts aufnehmen. Dabei spielt eine enge Vernetzung mit dem Finanz- und Justizministerium eine entscheidende Rolle.

In der BES sollte die Förderung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in der EU verankert werden. Ein zentrales Anliegen ist, den Klima-, Umwelt- und Artenschutz im Einklang mit sozialer Nachhaltigkeit und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) umzusetzen. Dabei spielen die organisierte Zivilgesellschaft und Engagierte eine entscheidende Rolle, da sie wertvolle Expertise und Perspektiven einbringen können. Die BES sollte sicherstellen, dass soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie die SDGs integraler Bestandteil der politischen Agenda und der Aktivitäten zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland werden. Hierbei ist es wichtig, die Grundprinzipien der Menschenrechte und der Gewaltenteilung stets zu berücksichtigen, um eine ganzheitliche Herangehensweise an diese drängenden globalen Herausforderungen zu gewährleisten.

Empfehlungen

→ Die interministerielle Zusammenarbeit zu Fragen der Engagement- und Demokratiep politik im Kontext von Europa muss ausgebaut werden, um die europäische Zivilgesellschaft zu stärken.

→ Die Bestrebungen der EU-Kommission zur Schaffung einer Rechtsform für zivilgesellschaftliche Organisationen sollte durch die BES Unterstützung finden.

→ Bei der Förderung der Zivilgesellschaft und des Engagements gilt es die SDGs stets mitzudenken.

Stärkung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene

Mit dem Demokratiepaket der EU sollen die demokratischen Rechte der Bürger*innen in Europa verbessert werden. Das BBE setzt sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern, dem Centre for European Volunteering (CEV) und dem European Civic Forum (ECF), für eine Stärkung des Dialogs mit der organisierten Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene ein. In der BES sollten Formate der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene und grenzübergreifende Bürgerforen einbezogen werden. Das BBE betrachtet diese jedoch nicht als Ersatz für einen strukturierten Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft, sondern als wertvolle Ergänzung zu den Diskussionen der organisierten Zivilgesellschaft.

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements im europäischen Kontext ist von entscheidender Bedeutung. Europa benötigt eine starke europäische und internationale Zivilgesellschaft sowie Raum für bürgerschaftliches Engagement. Insbesondere mit Blick auf junge Menschen sehen wir in grenzüberschreitenden Austauschformaten wie dem Europäischen Freiwilligendienst inkl. dem Europäischen Solidaritätskorb noch weitere Potentiale. In diesem Zusammenhang sollte die BES pro-europäisch engagierte zivilgesellschaftliche Kräfte in Deutschland unterstützen und die Perspektiven der Zivilgesellschaft Deutschlands in europäische Kooperationen einbringen. Die BES sollte in die internationale Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Praktiken im bürgerschaftlichen Engagement eingebettet sein, um von globalen Erfahrungen zu profitieren. Um dies zu erreichen, schlagen wir konkrete Maßnahmen vor:

Einrichtung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Förderung von Engagement beim Europäischen Parlament: Diese Arbeitsgruppe soll informelle Formate entwickeln, die derzeit über das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV) organisiert werden und einen wichtigen ersten Schritt darstellen. Sie soll die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements auf europäischer Ebene stärken, den rechtlichen Rahmen im Blick haben und Maßnahmen zur Förderung erarbeiten.

Ausrufung eines Europäischen Jahres zum Europäischen Jahr des Engagements: Die Idee eines solchen Jahres für 2025 würde die öffentliche Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement und die Rolle der Zivilgesellschaft in Europa steigern.

Empfehlungen

→ Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für ein grenzüberschreitendes und pro-europäisches Engagement einsetzen, sollten stärker gefördert werden.

→ Um mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung für das grenzüberschreitende und pro-europäische Engagement zu schaffen, sollte eines der nächsten ‚Europäischen Jahre‘ zum Jahr des Engagements ausgerufen werden.

Ganzheitliche Asyl und Migrationspolitik

Erstrebenswert ist eine umfassende europäische Asyl- und Migrationspolitik im Einklang mit internationalem Recht und Menschenrechten. Dies beinhaltet den Schutz der Außengrenzen, ohne das Asylrecht zu gefährden, und die Förderung legaler Migrationswege, die aufgrund der demografischen Alterung für alle EU-Staaten wichtig sind. Die Einhaltung der Menschenrechtsstandards ist unabdingbar. Bei den vom BMFSFJ geförderten, grenzüberschreitenden Engagementprogrammen und -formaten sollte dahingehend sensibilisiert werden, dass an einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik gearbeitet wird, die Menschenrechte respektiert und Bürgerbeteiligung fördert. Bürgerschaftliches Engagement im Migrationskontext ist ein grundlegender Baustein, und der Einsatz von Migrant*innenorganisationen prägt eine inklusive Gesellschaft mit Vielfalt und Engagement.

Die BES sollte die Kooperation mit Migrant*innenorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren beinhalten, um sie aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubinden und die gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen zu fördern.

Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements im Migrationsbereich muss europaweit hervorgehoben werden und ehrenamtliche Aktivitäten zur Unterstützung von Migrant*innen sind zu unterstützen und zu fördern.

Die deutschen Minister*innen sollten beim Rat der Europäischen Union (Ministerrat) aktiv für die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik eintreten, die die Menschenrechtsstandards und das Asylrecht respektiert und das Engagement der Bürger*innen in Europa einbezieht.

Anpassung des Deutschen Qualifikationsrahmens

Menschen erwerben durch Engagement und Ehrenamt Haltungen, Werte, Fähigkeiten und Wissen. Non-formale Kompetenzen werden außerhalb formaler Bildungsangebote erworben, oft im alltäglichen Leben. Durch die Absolvierung eines europäischen Freiwilligendienstes werden beispielsweise kulturelle Kompetenzen erworben. Deutschland sollte der EU-Aufforderung folgen und non-formalem und informellem Lernen mehr Anerkennung und Vergleichbarkeit verschaffen. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) muss an den europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) angepasst werden. Diese Anpassung stärkt auch die (europäischen) Freiwilligendienste und etabliert Engagement als anerkannten Lernort. Projekte wie das Deutsch-Französische oder Deutsch-Israelische Jugendwerk fördern informelle Kompetenzen.

Empfehlungen

→ Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte muss weiter forciert werden. Hierfür sollte die BES Migrant*innenorganisationen nachhaltig stärken.

→ Die europäische Asyl- und Migrationspolitik muss die Menschenrechte und das Asylrecht respektieren.

Empfehlungen

→ Non-formales und informelles Lernen muss mehr Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Hierfür sollte der DQR unter Beachtung des EQR umgesetzt werden.

Das BMFSFJ trägt zusammen mit dem BMBF eine Schlüsselverantwortung für die Stärkung des Engagements als Lernort und sollte dies in die Bundesengagementstrategie integrieren. Es ist von entscheidender Bedeutung, zu erkennen, dass Bürger*innen durch Engagement wichtige Kompetenzen erwerben, die auf europäischer und nationaler Ebene anerkannt werden sollten. Die Anpassung des Qualifikationsrahmens ermöglicht die Vergleichbarkeit von non-formellen Kompetenzen, unabhängig von formalen Schulabschlüssen.

BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie

Die BBE-Policy-Paper sind Teil des Beteiligungsprozesses des BBE zur Bundes-Engagementstrategie, die durch die Bundesregierung im Jahr 2024 verabschiedet werden soll. Das BBE bündelt im Rahmen des Prozesses die Expertise seiner Mitglieder. Die Beiträge wurden durch die BBE-AGs und weiteren Gruppen von Mitgliedern des Netzwerks erarbeitet.

Weitere Informationen zum Beteiligungsprozess des BBE an der Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Weitere BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/beitraege-des-bbe-zur-bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Redaktion:

BBE-Europa Strategierunde

Vertreten durch

Rainer Hub, PD Dr. Ansgar Klein, Christian Moos, Dr. Frank Heuberger, Dr. Jeannette Behringer, Mirko Schwärzel, Jasmin Schneider

Weitere Informationen zur Europa-Arbeit des BBES unter

<https://www.b-b-e.de/themenfelder/europa/>

oder per QR-Code



Impressum:

**BBE-Geschäftsstelle
gemeinnützige GmbH**
Michaelkirchstraße 17/18
D-10179 Berlin
Tel.: +49 30 629 80 137
Fax: +49 30 629 80 151
E-Mail: info@b-b-e.de
Web: www.b-b-e.de

V.i.s.d.P.: Dr. Lilian Schwalb

Kontakt: Dr. Behzad Förstl,
behzad.foerstl@b-b-e.de